

Landeshauptstadt Magdeburg - Die Oberbürgermeisterin -		Datum 14.07.2022
Dezernat OB	Amt Amt 16	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

INFORMATION

I0178/22

Beratung	Tag	Behandlung
Die Oberbürgermeisterin	09.08.2022	nicht öffentlich
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	13.09.2022	öffentlich
Stadtrat	06.10.2022	öffentlich

Thema: Awareness in der Landeshauptstadt

Prüfergebnis zum Antrag A0068/22

Awarness in der Landeshauptstadt

„Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, inwieweit die Konzeption und Umsetzung einer Awareness-Kampagne in der Landeshauptstadt Magdeburg möglich ist. Diese soll den Menschen der Stadt für Sexismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und die (sicherlich umfangreichen) Möglichkeiten zum Schutz vor Gewalt sowohl im öffentlichen als auch im privaten Raum sensibilisieren.“

Der Begriff "Awareness" kommt aus dem Englischen „to be aware“ und bedeutet (im weiteren Sinne) „sich bewusst sein, sich informieren, für gewisse Problematiken sensibilisiert sein“. Gemeint ist ganz allgemein ein achtsamer und respektvoller Umgang miteinander. Ursprünglich aus dem Forschungsbereich computergestütztem kooperativen Arbeitens wurde der Begriff bald von der physikalischen auf die soziale Umgebung ausgeweitet und in einen sozialpsychologischen Kontext übernommen. Es ging somit nicht mehr um die Frage, wie Nutzer von Awareness-Tools angemessen über Objekte, sondern über andere Personen in ihrer Umgebung informiert werden können. Somit bezieht sich das Konzept „Awareness“ oft auch auf das aktuelle, situationsbezogene Bewusstsein oder „Gewahrsein“ einer Person über ihre Umgebung, sowie die sich daraus ergebenden Handlungsimplicationen. Awareness in der Sozialpsychologie ist ein Konzept, das sich gegen jede Form von Diskriminierung, Gewalt und Grenzverletzungen stellt. Verletzendes und grenzüberschreitendes Verhalten, wie z.B. sexistische, rassistische, homo-, transphobe, ableistische oder vergleichbare Übergriffe, werden nicht toleriert. Betroffene werden im Sinne des Empowerments gestärkt und aktiv darin unterstützt, eigene Handlungsstrategien im Umgang mit Diskriminierung zu entwickeln.

In den letzten Jahren wurden gerade für Kongresse, Veranstaltungen und große Events Awareness-Konzepte entwickelt, um Teilnehmenden einen möglichst diskriminierungsfreien Rahmen bzw. konkrete Möglichkeiten zur Unterstützung bei grenzüberschreitenden Vorkommnissen zu bieten. Dabei geht es vor allem um die Aufklärung aller teilnehmenden Menschen zu diskriminierendem Verhalten, eigenen Privilegien und Machtstrukturen sowie Raum für Reflektion. Ein ähnlicher Ansatz wäre möglicherweise auch auf eine Stadtgesellschaft übertragbar.

In der Landeshauptstadt Magdeburg werden seit vielen Jahren und zu verschiedensten Anlässen (strukturelle) Diskriminierung, Gewalt, Sexismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit etc. durch sehr unterschiedliche Formate und Akteur*innen thematisiert

und wird sich für die Unterstützung Betroffener und eine Sichtbarmachung dieser Erscheinungen eingesetzt.

Mit Einrichtungen wie zum Beispiel der Interventionsstelle, der Opferberatung, dem Hilfetelefon, der Frauenberatung, dem Frauenhaus, weiteren Fachberatungsstellen usw. gibt es ein breites Angebot nicht nur für Beratung und Unterstützung, sondern auch zur öffentlichen Thematisierung.

Eine vielfältige Anzahl an Instrumenten wie die Aktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte“, Wendo-Kurse, Mädchen-/ Jungencamps, Sicherer Eingang für Kinder, Selbsthilfegruppen, thematische Arbeitsgemeinschaften, Kita- und Schulsozialarbeit, Gewaltschutzkonzepte, Aktionsplan für Geschlechtervielfalt und gegen Homo- und Transphobie oder auch das Heft „Ohne Gewalt Leben“ in mehreren Sprachen tragen ebenfalls zur Thematisierung, Sensibilisierung und zum öffentlichen Diskurs bei.

Unter anderem anlässlich von Aktionstagen wie

- One Billion Rising am 14. Februar
- Frauentag am 08. März
- Internationale Wochen gegen Rassismus im März
- IDAHOBIT am 17. Mai
- CSD-Pride im Sommer
- Weltmädchentag am 11. Oktober
- internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen (Orange Day) am 25. November
- Internationaler Tag der Menschenrechte am 10. Dezember

aber auch darüber hinaus gibt es stadtweit eine Vielzahl an Angeboten, Veranstaltungen, Lesungen, Podiumsdiskussionen usw. Sie werden organisiert und durchgeführt durch verschiedenste Gruppen, oft in Kooperation mit der Stadtverwaltung und tragen zur Entwicklung eines gesellschaftlichen Bewusstseins bei.

Dennoch ist sicher kritisch festzustellen, dass diese Angebote, Instrumente und Aktionen mitunter unabhängig voneinander stattfinden bzw. wahrgenommen werden und somit bisweilen nur eingeschränkte oder begrenzte Reichweite und Wirkung entfalten können. Daher ist die Idee für eine rahmengebende Initiative grundsätzlich nachvollziehbar. Eine Awareness-Kampagne der Stadt müsste den vielfältigen Angeboten und der Bandbreite der Akteur*innen gerecht werden. Angesichts der sehr unterschiedlichen einzelnen Angebote und teilweise eigenen kleinen Kampagnen erscheint dies jedoch als ein sehr ressourcenaufwendiges Projekt, dass zusätzliche finanzielle und personelle Mittel benötigen würde. Aufgrund der bereits vielfach existierenden Anknüpfungen an das Thema Awareness (wie oben angerissen) und der aktuellen Haushaltsslage, sieht die Stadtverwaltung nur eingeschränkte Möglichkeiten für die Umsetzung einer Kampagne.

Vorstellbar wäre aus Sicht der Stadtverwaltung zum Beispiel den Internationalen Tag für Menschenrechte im Jahr 2023 mit einem „Tag der Awareness“ in der Landeshauptstadt zu verbinden, der das Konzept von Awareness transportiert sowie einen Rahmen für die existierenden Angebote und ein Podium für den gesellschaftlichen Diskurs bietet. So könnte es gezielt gelingen mehr Menschen im öffentlichen Raum zu sensibilisieren und zugleich den vielen Aktivitäten mehr Sichtbarkeit verleihen.